

# Stellungnahme zum Antrag

KAL/Die PARTEI-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2023/0111**

Verantwortlich: **Dez. 2**

Dienststelle: **POA**

## Stadt Karlsruhe – inklusive Arbeitgeberin

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Personalausschuss	31.03.2023	4		x
Gemeinderat	16.05.2023	15	x	

### Kurzfassung

Die KAL/Die PARTEI-Gemeinderatsfraktion fordert die Stadtverwaltung auf, einen Stellenpool zu schaffen, um Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf nach ihrem erfolgreichen KoBV-Praktikum (Kooperative berufliche Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt) bei der Stadt Karlsruhe in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu übernehmen.

Die Stadtverwaltung ist sich ihrer Vorbildfunktion als öffentliche Arbeitgeberin bewusst. Gerade die Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen ist ihr ein besonderes Anliegen. Um dieser besonderen Verpflichtung nachzukommen wurden bereits im Jahr 2018 drei Inklusionsstellen für den genannten Personenkreis geschaffen, die derzeit mit vier seelisch oder geistig behinderten Mitarbeiter\*innen mit 2,5 Vollzeitwerten (VZW) besetzt sind.

Mit der Einstellung weiterer wesentlich behinderter junger Menschen würde die Stadt Karlsruhe ihre Vorbildfunktion als soziale und inklusive Arbeitgeberin weiter ausbauen. Dem gegenüber steht die derzeitige schwierige Haushaltssituation und die damit verbundenen Vorgaben zur Stellenschaffung.

Die Gewinnung von dringend benötigtem Fachpersonal kann die Einrichtung des beantragten Stellenpools nicht unterstützen.

Die Stadtverwaltung bittet, den Antrag als erledigt zu betrachten.

<b>Finanzielle Auswirkungen</b>	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/> Investition <input checked="" type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: 35.000€/Jahr pro Arbeitsplatz Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:	
<b>Finanzierung</b> <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input checked="" type="checkbox"/> nicht budgetiert	<b>Gegenfinanzierung durch</b> <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.	
CO <sub>2</sub> -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung   Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

## Ergänzende Erläuterungen

Die Stadt Karlsruhe ist soziale Arbeitgeberin in vielen Bereichen. Gerade die Beschäftigung von in ihrer Leistung eingeschränkten und schwerbehinderten Menschen ist der Stadtverwaltung ein besonderes Anliegen. Es wurden daher Maßnahmen geschaffen und Programme ins Leben gerufen, um dieser besonderen Verpflichtung nachzukommen.

Beispielsweise wurden im Jahr 2018 durch den Gemeinderat drei Planstellen für junge Erwachsene mit wesentlicher Behinderung geschaffen. Daraufhin konnten drei junge Menschen unbefristet in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen bei der Stadt Karlsruhe eingestellt werden. Die Beschäftigten sind in der Zentralen Poststelle beim Hauptamt, im Kinder- und Jugendhaus Waldstadt beim Stadtjugendausschuss e.V. sowie in der Kindertagesstätte Kentuckyallee der Sozial- und Jugendbehörde für einfachste Unterstützungstätigkeiten eingesetzt.

Bereits im Rahmen des vorgelagerten KoBV-Praktikums und dem anschließenden Einsatz über die Arbeitsförderung Karlsruhe hat sich der Bedarf an intensiver Begleitung und regelmäßiger Betreuung der jungen Menschen gezeigt. Der Gemeinderat hat daraufhin im Dezember 2018 zusätzlich 0,3 Planstellen für Betreuungspersonal befürwortet. Nur durch die Bereitschaft und das große Engagement des betreuenden Fachpersonals können die jungen Menschen am Arbeitsleben teilhaben.

Aufgrund ihrer Behinderungen arbeiten die jungen Menschen jeweils in Teilzeit im Durchschnitt mit einer Arbeitszeit von 26 Stunden/Woche. Von den insgesamt 3,0 Inklusionsstellen sind derzeit 2,0 Vollzeitwerte (VZW) mit den drei jungen Menschen besetzt. Auf weiteren 0,5 VZW wird ein geistig behinderter Mann als Friedhofsarbeiter beim Friedhofs- und Bestattungsamt eingesetzt.

Durch die Arbeitszeitreduzierung eines Mitarbeiters besteht aktuell ein vakanter Stellenanteil von 0,5 VZW. Dies entspricht unter Berücksichtigung der erforderlichen Betreuung einem Arbeitszeitanteil von 16 Stunden/Woche. Dieser Stellenanteil kann mit einem seelisch oder geistig behinderten jungen Menschen besetzt werden.

Um weiteren Personen dauerhaft sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse anbieten zu können, wäre die Schaffung zusätzlicher Inklusionsstellen sowie weiterer Stellenanteile zur Begleitung und Betreuung der jungen Menschen erforderlich. Hierbei ist je nach Arbeitszeitanteil mit einem durchschnittlichen Bruttoaufwand in Höhe von rund 35.000 Euro/Jahr pro Arbeitsplatz (einschließlich der Zeitanteile für Betreuung) zu rechnen.

Durch entsprechende Förderanträge bei den Leistungsträgern besteht einzelfallbezogen die Aussicht, den tatsächlichen Arbeitgeberaufwand zunächst um bis zu maximal 70 % zu vermindern. Allerdings schmelzen sich diese Förderleistungen von Jahr zu Jahr ab. Eine Fördermöglichkeit der Betreuungskraft besteht nicht. Angesichts der Finanzsituation ist eine Ausweitung des Stellenpools nicht möglich.

Aufgrund der Digitalisierung und der sich fortlaufend verändernden Arbeitswelt sind Unterstützungstätigkeiten ohne fachliche Qualifikation nahezu weggefallen. Auch zeigt sich aufgrund der Arbeitsverdichtung des Fachpersonals eine immer geringer werdende Kapazität, eine Begleitung und intensive Betreuung der geistig oder seelisch behinderten Personen zu übernehmen.

Die im Antrag erwähnte sich verschärfende Situation auf dem Fachkräftemarkt spürt auch die Stadt Karlsruhe mittlerweile deutlich. Die Schaffung eines Stellenpools für inklusive Menschen ohne Fachausbildung und dringend notwendiger fachlicher Kompetenzen, insbesondere im digitalen und technischen Bereich oder in der Verwaltung, kann dem Fachkräftemangel bei der Stadtverwaltung jedoch nicht entgegenwirken.

### **Fazit:**

Die Stadtverwaltung bittet, den Antrag als erledigt zu betrachten